

## Sitzungsvorlage

Vorlage Nr.: 213-20

Amt: Finanzverwaltung	Datum: 27.11.2020
Verfasser: Wolf, Caroline	AZ: 902.41

Gremium	Termin	Ö-Status	Zuständigkeit
Gemeinderat	19.01.2021	Ö	Beschlussfassung

### Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2021

#### Sachverhalt:

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2021 in der Sitzung des Gemeinderates am 15.12.2020 erneut vorgestellt wurde, wurden weitere Anpassungen von der Verwaltung vorgenommen.

Das ordentliche Ergebnis beträgt im aktuellen Planentwurf -131.610 Euro.

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Cash flow) wird mit 518.740 Euro veranschlagt.

Das Ergebnis aus der Investitionstätigkeit beträgt 10.369.115 Euro.

Insgesamt reduziert sich der Bestand an liquiden Mittel im vorliegenden Planentwurf für das Haushaltsjahr 2021 um 9.850.375 Euro. Sofern die Mittel entsprechend der Planung auch kassenwirksam werden, reduziert sich der Bestand der Finanzmittel von 24.140.965 Euro (Stand 31.12.2020) auf 14.290.590 Euro.

Der vorliegende Planentwurf entspricht aufgrund des negativen ordentlichen Ergebnisses nicht den haushaltsrechtlichen Vorgaben und wäre demnach auch nicht genehmigungsfähig. Da das Verfehlen des Ausgleichs unmittelbar mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie verbunden ist, wird die Kommunalaufsicht der Handreichung des Innenministeriums folgen und auch beim Vorliegen eines unausgeglichenen Haushalts die Genehmigung erteilen. Neben einigen geringer veranschlagten Gebühren ist vor allem der Minderertrag aus dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer in Höhe von etwa 665.600 Euro (Vergleich Prognosewert Steuerschätzung Oktober 2019) deutlich spürbar.

Das vorläufige Ergebnis zum 15.12.2020 lag bei etwa -463.900 Euro. Nachfolgend die wesentlichen Anpassungen, die zur Ergebnisverbesserung des ordentlichen Ergebnisses geführt haben.

Die Gewinnanteile von den Stadtwerken wurden um 250.000 Euro aufgestockt.

Die Erträge aus Bußgelder waren bisher nicht veranschlagt. Hier wurden nachträglich 72.000 Euro veranschlagt.

Die Verwaltungsgebühren der Baurechtsbehörde wurden um 50.000 € erhöht. Der Ansatz liegt

trotzdem noch unter den Vorjahreswerten, da mit weniger Großprojekten zu rechnen ist. Für die Beratungsleistungen im Rahmen des Breitbandausbaus gewährt der Bund einen Zuschuss in Höhe von 49.000 Euro.

Für die beiden Kehl-Anwärter sind Zuwendungen über den Finanzausgleich in Höhe von etwa 10.000 Euro zu erwarten.

Die Benutzungsgebühren des Mittagstisches an der Grundschule und die Gebühren für die Kernzeitenbetreuung wurden entsprechend der neuen Produktstruktur angepasst und aufgrund Corona etwas geringer veranschlagt, wodurch eine Ansatzkürzung von 13.000 Euro entstand. Im Zuge dessen ist anzumerken, dass bei den Ansätzen für die Kindergartengebühren Corona nicht berücksichtigt wurde.

Die Zuwendungen aus dem Schullastenausgleich mussten angepasst werden. Dadurch erfolgte eine Ansatzkürzung um 36.200 Euro.

In diesem Zuge wurden auch die Schulbudgets angepasst, da diese 30% der Zuwendung aus den Schullastenausgleich entspricht. Dies ergab eine Kürzung der Aufwendungen um etwa 11.000 Euro.

Im Gegenzug mussten bei den Schulen die Aufwendungen für den Digitalpakt um insgesamt 33.250 Euro (inkl. Kürzung um 5%) erhöht werden.

Grundschule Engen	9.500 Euro
Grundschule Welschingen	9.500 Euro
Anne-Frank-Schulverbund	14.250 Euro

Die Kosten für die Beratungsleistungen von Office Optimizer im Zuge des Digitalpakts an den Schulen, die mit 21.470 Euro veranschlagt wurden, konnten bereits 2020 abgerechnet werden.

Es musste eine Deckungsreserve in Höhe von 150.000 Euro für die Deckung der Schulbudgetüberträge veranschlagt werden.

Für den Umbau der Mensa am Bildungszentrum wurde konsumtiv ein Ansatz in Höhe von 5.225 Euro (inkl. Kürzung um 5%) veranschlagt.

Bei der Finanzverwaltung konnten die Ansätze für die Digitalisierung der Bauhoferfassung in Höhe von 23.750 Euro entnommen werden, da dies noch in 2020 abgewickelt wurde. Ebenfalls wurden die Ansätze für die Finanzprüfung, Beratungen und Aus- und Fortbildung um insgesamt 23.750 Euro gekürzt.

Im investiven Bereich wurde der Ansatz für den Erwerb von Grundstücken um 140.000 Euro angehoben.

Bei den Bauausgaben wurde für den Kanal der Ansatz um 10.000 Euro und für die Straßenbeleuchtung der Ansatz um 22.000 Euro erhöht. Für die Außenanlage der Grundschule Engen mussten nochmals 20.000 Euro veranschlagt werden. Diese Ansatzerhöhungen sind weitestgehend auf die angekündigten Coronazuschläge der Tiefbauunternehmen zurückzuführen.

Der Ansatz für die Hochwasserschutzmaßnahme Neuhausen musste um 160.000 Euro erhöht werden, da die Maßnahme in 2020 nicht mehr abgerechnet werden konnte.

Und für den Umbau der Mensa am Bildungszentrum wurde investiv ein Ansatz in Höhe von 37.500 Euro veranschlagt.

Der Finanzmittelbedarf über den gesamten Finanzplanungszeitraum beträgt im aktuellen Planentwurf 16.555.842 Euro. Eine Kreditaufnahme ist nicht erforderlich.

Der Planentwurf zeigt deutlich, dass es für die Stadt Engen mit ihren vielen u.a. auch freiwilligen Aufgaben immer schwieriger wird, auf fehlende Steuereinnahmen bzw. konjunkturelle Schwankungen zu reagieren. Daher gilt für die Zukunft den gesamtheitlichen Blick zu bewahren und in einigen Bereichen Optimierungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung den Haushaltsplan wie vorgetragen fertigzustellen.

**Anlagen:**

Planungslisten

Gesamtergebnishaushalt einschließlich Finanzplanung

Gesamtfinanzhaushalt einschließlich Finanzplanung